Berufsverband der Deutschen Urologen e.V.

Urologe 2014 · 53:761

DOI 10.1007/s00120-014-3508-2

© Springer-Verlag Berlin Heidelberg 2014

Redaktion

W. Bühmann, Wenningstedt/Sylt

+++ URO-Telegramm +++

Krankenversicherte sichern sich immer häufiger zusätzlich ab

Mehr als ein Fünftel der gesetzlich Krankenversicherten hat einer Studie zufolge eine Zusatzversicherung. Verfügt im Jahr 2000 rund zehn Prozent der Versicherten über eine private Zusatzkrankenversicherung, waren es im Jahr 2012 rund 22 Prozent, wie aus einer gestern in Berlin veröffentlichten Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaft (DIW) hervorgeht. So waren 13 Millionen Deutsche über eine zusätzliche Police für den Krankheitsfall abgesichert. Die häufigsten Versicherungen waren dabei die Zahnzusatzversicherungen, wie aus der Studie hervorgeht. Rund 17 Prozent der gesetzlich Versicherten hatten demnach für ihre Zähne eine solche Extra-Police abgeschlossen. Elf Prozent der Versicherten hatten sich Extra-Leistungen bei Krankenhausaufenthalten gesichert. Etwa neun Prozent der Versicherten wählten eine Zusatzversicherung für Heil- und Hilfsmittel.

In der Beliebtheit stark gestiegen ist der Studie zufolge auch die Auslandskrankenversicherung: Während im Jahr 2000 nur vier Prozent der Versicherten eine solche Reisepolice hatten, verdoppelte sich der Anteil im Jahr 2012 auf acht Prozent. Die Studie des DIW beruht auf Daten des sozioökonomischen Panels, einer repräsentativen Langzeitbefragung von 12.000 deutschen Haushalten.

© dpa/aerzteblatt.de

Mittleres Management ist besonders stressgefährdet

Führungskräfte in deutschen Unternehmen sind besonders stressgefährdet: Acht von zehn Managern sind gestresst, drei von zehn stehen unter Dauerdruck. Damit liegen sie knapp vor ihren Mitarbeitern, den Angestellten. Von den Selbstständigen bezeichnen sich sieben von zehn als gestresst, entspannter sind die Beamten und Arbeiter, von ihnen sind es sechs von zehn. Das berichtet die Techniker Krankenkasse (TK) nach einer bevölkerungsrepräsentativen Forsa-Umfrage.

„Besonders stressgefährdet sind Führungskräfte in sogenannten Sandwich-Positionen zwischen zwei Hierarchieebenen. Sie müssen gleichzeitig den Ansprüchen ihrer Führungskräfte und ihrer Mitarbeiter gerecht werden und dazu auch denen ihrer Familie“, sagte der TK-Psychologe Heiko Schulz.

Die größten Stresstreiber im Job sind für leitende Angestellte eine zu hohe Arbeitslast (74 Prozent geben dies an), Termindruck (69 Prozent), Unterbrechungen und Störungen (57 Prozent), Informationsüberflutung (54 Prozent) und ungenaue Anweisungen ihrer eigenen Vorgesetzten (40 Prozent).

„Stress ist nicht per se negativ. Richtig dosiert steigert er unsere Leistungsfähigkeit und kann geradezu beflügeln“, sagte der Vorstandsvorsitzende der TK, Jens Baas. Allerdings hätten die Menschen höchst unterschiedliche Ressourcen und Fähigkeiten, um mit Belastungen umzugehen. „Was für den einen eine Herausforderung ist, bei der er über sich hinauswächst, erscheint dem anderen als ein nicht zu bewältigendes Problem, das ihm den Schlaf raubt oder sogar krank macht“, so Baas. Beim betrieblichen Gesundheitsmanagement und der Stressprävention gehe es daher nicht al-

lein darum, auf die Belastungsfaktoren zu schauen. Mindestens genauso wichtig seien die persönlichen Ressourcen, die die Menschen dem Stress entgegensetzen könnten. Von ihnen hänge ab, ob Stress zu einem Gesundheitsrisiko wird oder abgepuffert werden könne. „Dazu gehören persönliche Kompetenzen und das Gesundheitsverhalten genau wie das soziale Miteinander zwischen Kollegen, der Führungsstil, die Aufgabengestaltung und die Arbeitsorganisation“, so Baas.

Hil

Neues Qualitätsinstitut kommt noch in diesem Jahr

Der Gemeinsame Bundesausschuss soll noch in diesem Jahr mit dem Aufbau eines neuen Instituts für Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen beginnen. „Patienten wünschen sich zu Recht mehr Transparenz, wenn es um die Qualität der medizinischen Versorgung geht. Weil wir Qualitätswettbewerb wollen, brauchen wir auch verlässliche Kriterien, an denen wir Qualität festmachen können“, sagte Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) heute in Berlin. Zuvor hatte das Bundeskabinett dem Entwurf für das „Gesetz zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung“ zugestimmt. Das im Gesetz vorgesehene neue Institut soll wissenschaftlich abgesicherte Qualitätskriterien entwickeln und Qualitätsvergleiche veröffentlichen.

Verhaltene Zustimmung zu dem Vorhaben kommt von der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG): „Wir verbinden damit die Erwartung,

dass der Vergleich und die Bewertung von Krankenhäusern auf eine objektive und faire Grundlage gestellt und selbstgestrickten Qualitätsvergleichen von Krankenkassen ein Ende gesetzt wird“, sagte deren Hauptgeschäftsführer Georg Baum. Er betonte aber, Krankenhausvergleiche seien kein Instrument, um daraus Vergütungsabschläge abzuleiten.

Es gibt weltweit keine gesicherten Indikatoren, die es rechtfertigen würden, einem Krankenhaus insgesamt oder bei bestimmten Leistungen vom ersten bis zum letzten Tag eines Jahres pauschale Abschläge aufzubürden“, so Baum. Vielmehr gelte in allen Leistungsbereichen des Gesundheitswesens „das gut begründete Prinzip fester Gebührensätze“.

Die AOK begrüßt das Institut dagegen klar: „Die systematische Messung der Behandlungsqualität mit Routinedaten durch ein fachlich und wissenschaftlich unabhängiges Institut ist richtig und notwendig“, sagte Jürgen Graalmann, Vorstandsvorsitzender des AOK-Bundesverbands. Er forderte, das Institut zügig aufzubauen, „um den Rahmen für eine qualitätsorientierte Krankenhausplanung und -bezahlung zu schaffen.“

© hil/aerzteblatt.de